

Gemeinsame Pressemitteilung vom 24.09.2019



Der Blick über die Landesgrenze lohnt sich:

Echte Strukturveränderungen statt ineffektive Einzelmaßnahmen für Kliniken

Manchmal lohnt sich der Blick über die rheinland-pfälzischen Landesgrenzen hinaus – so auch gerade anlässlich des aktuellen Gutachtens der Partnerschaft Deutschland - Berater der öffentlichen Hand GmbH (PD) zur „Krankenhauslandschaft Nordrhein-Westfalen“. Hier bekräftigt nämlich die PD ihre Empfehlungen zu einer Neuordnung der bundesweiten Krankenhausversorgung. Die wesentlichen Empfehlungen darin lauten:

- Im Interesse der Patienten sollten sich Kliniken auf ein bestimmtes Leistungsspektrum konzentrieren. Denn sie erbringen nachweislich viele Leistungen besser und sicherer, wenn sie diese häufig durchführen, personell gut aufgestellt sind und auch für Komplikationen optimal gerüstet sind.
- Gesundheitspolitiker und Wissenschaftler müssten mehr Aufklärungsarbeit leisten. Denn die Angst in der Bevölkerung, dass sich ihre Versorgungssituation verschlechtert, wenn einzelne Abteilungen oder Krankenhäuser geschlossen oder anders genutzt werden, ist bei einer sinnvollen Planung unbegründet.
- Ein Kapazitätsabbau von Krankenhausbetten führt zu einer insgesamt höheren Qualität. Denn im europäischen Vergleich ist die Bettenzahl in Deutschland sehr hoch. Eingesparte Mittel könnten zudem zur Sicherung von stationären Einrichtungen in dünner besiedelten Regionen genutzt werden, wenn diese zur Sicherung der flächendeckenden Versorgung notwendig sind.
- Die Planung der Krankenhäuser sollte stärker in Zusammenarbeit mit der Planung der niedergelassenen Ärzte durchgeführt werden und zu einer leistungsorientierten Planung weiterentwickelt werden.

„Damit stimmen die Ergebnisse dieses Gutachtens inhaltlich nahezu exakt mit denen des bereits 2016 veröffentlichten Gutachtens des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) und des Institute for Health Care Business GmbH (hcb), das die gesetzlichen Krankenkassen aus Rheinland-Pfalz in Auftrag gegeben hatten, überein“, stellt Dr. Martina Niemeyer, Vorstandsvorsitzende der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland – Die Gesundheitskasse, heraus.

Einmal mehr steht die aktuelle Gesundheitspolitik in Rheinland-Pfalz dazu im Widerspruch. „Es wundert und besorgt mich doch sehr, wenn in der neuen Landesverordnung die Zahlung eines Sicherstellungszuschlags für Krankenhäuser im Bereich der Einwohnerzahl von 100 Einwohnern pro Quadratkilometer auf 200 Einwohner pro Quadratkilometer heraufgesetzt werden soll“, sagt Martin Schneider, Leiter der vdek-Landesvertretung Rheinland-Pfalz. „Dabei sollten die Erfahrungen der letzten Jahre doch eigentlich gezeigt haben, dass es

nichts bringt, Gelder undifferenziert an einzelne Krankenhäuser auszuschütten. Damit werden ineffiziente Strukturen noch gefestigt und die dringend für das Land benötigten echten Strukturveränderungen weiter verhindert.“

Alle Beteiligte im Land – neben den Krankenhausträgern, die Krankenhausgesellschaft sowie die gesetzliche Krankenversicherung – stehen bereit für eine konzertierte Aktion zur Sicherung der stationären und ambulanten Versorgung im Land. „Diese Chance sollte die Landesregierung schnellstmöglich ergreifen und nicht durch situative, wenig nachhaltige Einzelmaßnahmen verstreichen lassen“, betont Niemeyer.

Ansprechpartner für die Presse:

vdek – Landesvertretung Rheinland-Pfalz

Dr. Tanja Börner und Sarah Dreis
Verband der Ersatzkassen e. V.
Wilhelm-Theodor-Römheld-Str. 22
55130 Mainz
Telefon: 06131 – 98255-15
Fax: 06131 – 8320-15
E-Mail: tanja.boerner@vdek.com
E-Mail: sarah.dreis@vdek.com

AOK Rheinland-Pfalz/Saarland – Die Gesundheitskasse

Jan Rößler
Direktion
Virchowstraße 30
67304 Eisenberg
Telefon 06351 403-419
Telefax 06351 403-701
E-Mail: jan.roessler@rps.aok.de